



Vorlage Nr. 101.18.1532

18. November 2019
1 von 2

Einrichtung von Waffenverbotszonen in Kassel

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat und der Oberbürgermeister werden aufgefordert, die Voraussetzungen für die Einführung von Waffenverbotszonen im Stadtgebiet Kassel zu schaffen und in der Folge Waffenverbotszonen an Kriminalitätsschwerpunkten in Kassel einzurichten.

Begründung:

Ausweislich der Berichterstattung der HNA vom 16.11.2019 ist die Zahl der Gewaltdelikte im Zusammenhang mit Messern und anderen gefährlichen Gegenständen von 48 im Jahr 2014 auf 81 im Jahr 2018 gestiegen. Dieser Entwicklung gilt es entgegenzuwirken. Waffenverbotszonen sind ein Baustein, um dieses Ziel zu erreichen. Durch die Einrichtung entsprechender Zonen wird den Ordnungsbehörden und Polizeibeamten ein wirksames Werkzeug an die Hand gegeben, um Messer und andere gefährliche Gegenstände einzuziehen bevor damit Straftaten begangen werden. Empfindliche Geldbußen gegen Verstöße der Verordnung können vermeiden, dass Personen wiederholt entsprechende Gegenstände in diesen Bereichen mit sich führen. Da es sich bei dem zur Kontrolle eingesetzten Personal um kommunale Ordnungsbehörden oder Polizeibehörden handelt, ist sichergestellt, dass das berechnete Mitführen von Messern oder anderen Gegenständen nicht eingeschränkt wird (beispielsweise das Mitführen von Kochmessern als Arbeitsgerät). In der Stadt Wiesbaden wurden seit Einführung der Waffenverbotszone Anfang 2019 125 gefährliche Gegenstände sichergestellt. Das zeigt die Notwendigkeit und Wirksamkeit einer Waffenverbotszone. Eine Waffenverbotszone fördert nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, sondern schränkt auch die tatsächliche Verfügbarkeit von Waffen im öffentlichen Raum ein. Die Einrichtung einer Waffenverbotszone ist mit geringem finanziellen Aufwand möglich, so dass das kein Hinderungsgrund sein sollte. Bei der Einrichtung der Waffenverbotszonen sollte auf die Erfahrung der Stadt Wiesbaden oder anderen Städten zurückgegriffen werden.

Berichterstatter/-in:

Stadtverordneter Holger Augustin

gez. Dr. Michael von Rügen
Fraktionsvorsitzender CDU